

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Fichtenbauer, Weinzinger, Dr. Bösch  
und weiterer Abgeordneter

betreffend Vorlage eines umfassenden Sozialplanes für die durch die Bundesheerreform betroffenen Bediensteten

**eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (39 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2007 (Bundesfinanzgesetz 2007 – BFG 2007) samt Anlagen (70 d.B.); Kapitel 40 Landesverteidigung**

Seit mehreren Jahren wird das Österreichische Bundesheer von nicht genügend finanziell bedeckten und zu Ende geführten Reformen verunsichert. Die Erfüllung der verfassungsrechtlich festgeschriebenen Aufgaben wie die Landesverteidigung ist seit längerem auf Grund von Reformen und der Fortsetzung der verantwortungslosen Budgetpolitik im Bereich der Landesverteidigung nicht mehr in vollem Umfang möglich.

Wo immer man sich in diesen Tagen bei der Truppe umhört, Verunsicherung, fehlende Perspektive für die Zukunft und Resignation prägen das Bild. Viele Bedienstete wissen nicht, wie ihre berufliche Verwendung in Zukunft aussehen wird. Ein Alibi-Sozialplan wurde zwar geschaffen, dieser beseitigt aber nicht die entstandenen und zukünftig zu erwartenden Probleme der von der Reform Betroffenen. Sonderfinanzierungen für etwaige Sozialmaßnahmen sucht man vergeblich. Allfällige Ausgaben sind vom Landesverteidigungsbudget zu tragen und dies, obwohl die Reform des Bundesheeres nicht auf ressortinterne sondern gesamtstaatliche Initiative durch die Bundesheerreform eingeleitet wurde.

Die ungefähr 6000 durch die Reform betroffenen Bediensteten erbringen dem Bundesheer weder Einsparungsmöglichkeiten noch eine Qualitätssteigerung. Dafür sind Sozialmaßnahmen, wie sie die Spielregeln der Sozialpartnerschaft eigentlich vorsehen und von privatwirtschaftlich geführten Betrieben verlangt werden nicht vorhanden.

Die unternutzten Abgeordneten stellen daher folgenden

### Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Landesverteidigung wird aufgefordert so rasch als möglich einen adäquaten Sozialplan, welcher nicht über das ordentliche Landesverteidigungsbudget finanziert werden soll, unter Einbindung der gesamten gewählten Personalvertretungsorgane, für eine sichere und lebenswerte Zukunft der durch die Bundesheerreform Betroffenen zu erstellen.“

